

Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. [Neue Variante setzt sich durch: Coronavirus zeigt Anzeichen der Schwäche](#)
2. [Söder oder die Lust am Autoritären](#)
3. [Kann er Kanzler? Olaf Scholz – ein kritisches Porträt über den Kanzlerkandidaten der SPD](#)
4. [Hunde, die bellen, aber nicht beißen](#)
5. [Kampf gegen Steuervermeidung: Deutschland verhindert EU-Initiative](#)
6. [Erwerbstätigkeit im 2. Quartal 2020: Größter Rückgang seit der deutschen Vereinigung](#)
7. [Weißrussland und der Westen – eine Lageeinschätzung](#)
8. [Verbündeter des Lichts? Mörder sind sie alle!](#)
9. [Der Fall Nawalny: Wladimir Putins perfide Politik](#)
10. [Forscher bescheinigen ARD und ZDF „Tunnelblick“ während Corona-Krise](#)

Vorbemerkung: Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

1. **Neue Variante setzt sich durch: Coronavirus zeigt Anzeichen der Schwäche**
Experten sehen bereits Hinweise dafür, dass Sars-CoV-2 an Gefährlichkeit einbüßt. Dies könnte zugleich jedoch auf eine bessere Anpassung zurückgehen – und dem Erreger sogar nützen. Möglicherweise besteht ein Zusammenhang zu einer neuen Variante, die sich derzeit weltweit durchsetzt.
Quelle: [n-tv](#)

Anmerkung Jens Berger: Man kann das Pferd auch von hinten aufzäumen und über ein sich abschwächendes Virus spekulieren. Man kann aber auch getreu Ockhams Rasiermesser die wahrscheinlichste Erklärung annehmen – und die ist nun einmal der simple Fakt, dass das Durchschnittsalter der Neuinfizierten ganz rapide sinkt. Laut

RKI betrug das Durchschnittsalter der Neuinfizierten zum Höhepunkt der Todeszahlen in KW 14 51 Jahre. Heute in KW 33 liegt das Durchschnittsalter mit nur 32 Jahren fast 20 Jahre darunter. Der gleiche Effekt tritt übrigens zur Zeit auch in Spanien, Italien, Frankreich und Großbritannien auf. Auch in diesen Ländern sinkt das Durchschnittsalter der Neuinfizierten ebenso rapide wie die Sterbeziffern. Als Italien im März massive Todeszahlen vermelden musste, [lag das Durchschnittsalter der Neuinfektionen übrigens mit 65 Jahren](#) noch einmal 14 Jahre über den deutschen Zahlen zum damaligen Höhepunkt. Wenn das alles keine hinreichende Erklärung ist, weiß ich auch nicht weiter. Manche Virologen scheinen den Wald vor lauter Bäumen nicht zu sehen.

Lesen Sie dazu auf den NachDenkSeiten: [Covid-19 - erfreulich undramatische Daten rechtfertigen keine dramatischen Eingriffe](#).

2. **Söder oder die Lust am Autoritären**

Wie ein konservativer Politiker in der Corona-Krise zum Kanzler hochgeschrieben wurde (...)

Bei aller Kritik, die Söder jetzt wegen der Pannen bei den Tests erfährt, für den Satz, dass Corona immer gefährlicher werde, erntet er kaum Kritik. Denn für einen Großteil der bürgerlichen und auch linken Öffentlichkeit ist klar, eine Kritik daran würde den sogenannten Coronaleugnern in die Hände spielen. Dabei gibt es durchaus Menschen, die nicht aus der irrationalen Strömung der Coronamaßnahmegegner kommen und die These von Söder und Co. infrage stellen. So schreiben die Mediziner Angelika Speisberg und Ulrich Keil in einem Taz-Beitrag, dass sich die Politik bei den Anti-Corona-Maßnahmen auf den Rat von zu wenigen Experten gestützt habe. (...)

Eine Studie zur Corona-Entwicklung im Hotspot Kupferzell bestätigt die Argumente der beiden Mediziner. Es gab in dem Ort eine größere Zahl von Menschen, die sich angesteckt, aber nur leichte Symptomen hatten. Daher ist die nicht nur von Söder immer wieder gebrauchte Aussage, dass Corona immer gefährlicher wird, sachlich in dieser Allgemeinheit nicht richtig. Sie dient aber einer Politik der Angst, die allerdings keine Verschwörung, sondern ein langjähriges probates Mittel bei der Durchsetzung gesundheitspolitischer Maßnahmen ist, wie der Psychologe Steven Taylor in seinem kürzlich ins Deutsche übersetzten Buch "Die Pandemie als psychologische Herausforderung" schrieb.

Quelle: [Telepolis](#)

Lesen Sie dazu auch Albrechts Müllers Beitrag [„Das bemerkenswerte Geschwätz des Ministerpräsidenten Kretschmann, der Missbrauch der Pandemie durch Söder und](#)

[andere Ungereimtheiten](#)".

3. **Kann er Kanzler? Olaf Scholz - ein kritisches Porträt über den Kanzlerkandidaten der SPD**

Der Finanzminister sieht sich als der natürliche Nachfolger von Angela Merkel im Kanzleramt. Doch seine Partei und die eigenen Defizite erschweren den Weg dorthin.

Quelle: [Handelsblatt](#)

Anmerkung Albrecht Müller: *Ein erstaunlich informativer Artikel des Handelsblatts über den Kanzler Kandidaten der SPD, mit Haken und Ösen aber trotzdem interessant.*

4. **Hunde, die bellen, aber nicht beißen**

Womöglich besitzen heute weniger als 45 hyperreiche (Unternehmer-)Familien mehr als die ärmere Hälfte der Bevölkerung, also über 40 Millionen Menschen. Denn diese vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) stammende Zahl ist schon etwas älter. Kürzlich haben seine Verteilungsforscher um Carsten Schröder frühere Ergebnisse im Rahmen eines Forschungsprojekts für den Sechsten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung aktualisiert.

Dabei griffen sie auf eine Spezialstichprobe von Daten des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) zurück, nahmen eine Sonderbefragung von Vermögensmillionären vor und bezogen die Reichenliste eines Wirtschaftsmagazins ein. Demnach entfallen 67 Prozent des Nettogesamtvermögens auf das oberste Zehntel der Verteilung, 35 Prozent des Nettogesamtvermögens konzentriert sich auf das reichste Prozent der Bevölkerung und das reichste Promille kommt noch auf 20 Prozent des Nettogesamtvermögens.

Aufgrund der neuen Untersuchungsmethode beziffert das DIW den Gini-Koeffizienten auf 0,83. Dabei handelt es sich um ein Maß, das bei Gleichverteilung (alle Personen besitzen das gleiche) 0 und bei extremer Ungleichverteilung (eine Person besitzt alles) 1 beträgt. Das 0,83 entspricht fast dem US-Vergleichswert, was die ganze Dramatik der Verteilungsschieflage zeigt. ...

So verwarfen die DIW-Forscher die Forderung nach Wiedererhebung der Vermögensteuer wegen des angeblich zu hohen administrativen Aufwandes und der möglichen Ausweichreaktionen davon Betroffener. Außerdem betonten die Autoren, dass viele Hochvermögende vornehmlich Betriebsvermögen halten: „Negative Anreize, ihr Vermögen produktiver Aktivität zuzuführen, kann langfristige Konsequenzen für den materiellen Wohlstand aller haben, weil Investitionen, die Arbeitsplätze geschaffen hätten, möglicherweise nicht mehr oder weniger umfangreich getätigt

werden.“ Als würde auch nur ein Unternehmer sein Gewinnstreben für den Fall einbüßen und sich als Privatier zur Ruhe setzen, dass er Vermögensteuer entrichten müsste!

Wenn es um die Verhinderung einer höheren Besteuerung von Reichen und Hyperreichen geht, ist diesen wie ihren publizistischen und wissenschaftlichen Steigbügelhaltern kein Vorwand zu fadenscheinig. Schröder und seine Koautoren führten selbst die von der Corona-Pandemie ausgelöste Rezession als Beispiel für die möglicherweise krisenverschärfende Problematik einer ertragsunabhängigen Besteuerung an. Als ob es bei einer Vermögensteuer weder Freibeträge noch Stundungsmöglichkeiten gäbe, die negative Folgewirkungen vermeiden helfen!

Quelle: [Christoph Butterwegge in der FR](#)

5. **Kampf gegen Steuervermeidung: Deutschland verhindert EU-Initiative**

Mit mehr Transparenz wollen einige EU-Staaten gegen Steuervermeidung von Konzernen vorgehen. Eine Mehrheit im Rat der EU gäbe es wohl. Aber Deutschland, das dem Gremium vorsitzt, verhindert, dass die Initiative zur Abstimmung kommt. [...] Mit dem Regierungswechsel in Österreich als Folge der Ibiza-Affäre, wo nun die Grünen mitregieren, haben sich die Mehrheiten verschoben. Selbst mit einer Enthaltung aus Deutschland könnte das öffentliche CBCR nun sehr wahrscheinlich auf den Weg gebracht werden. Das österreichische Bundeskanzleramt teilte auf Anfrage mit, man habe beschlossen “jegliche Maßnahmen zur Steuergerechtigkeit auf europäischer Ebene zu forcieren und bei der nächsten Abstimmung im Rat dem Dossier für die transparente (veröffentlichte) länderspezifische Berichterstattung (public Country-by-Country-Reporting) ihre Zustimmung zu erteilen”.

Das ist natürlich nur möglich, wenn es überhaupt zu einer Abstimmung kommt. Doch das SPD-geführte Bundesjustizministerium (BMJV) hat sich offenbar entschlossen, die Sache auszusetzen und das Thema gar nicht erst auf die Tagesordnung zu setzen. Das Vorgehen verwundert Beobachter auch deshalb, da das Land, das dem EU-Rat vorsitzt, eigentlich als “ehrlicher und neutraler Vermittler” auftreten muss.

Quelle: [Tagesschau](#)

6. **Erwerbstätigkeit im 2. Quartal 2020: Größter Rückgang seit der deutschen Vereinigung**

Im 2. Quartal 2020 waren rund 44,7 Millionen Personen mit Arbeitsort in Deutschland erwerbstätig. Nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) ging die Erwerbstätigenzahl im Vergleich zum 1. Quartal 2020 saisonbereinigt um 618 000 Personen oder 1,4 % zurück und damit so stark wie noch nie seit der deutschen Vereinigung. Im Vergleich zum 4. Quartal 2019, dem Quartal vor Beginn der Einschränkungen durch die Corona-Pandemie in Deutschland, ging die Zahl der Erwerbstätigen im 2. Quartal 2020 saisonbereinigt ebenfalls um 1,4 % oder

634 000 Personen zurück. (...)

Die zur Eindämmung der Corona-Pandemie getroffenen Maßnahmen führen zu einer erhöhten Unsicherheit bei der Schätzung der Erwerbstätigenzahlen. Die massiv gestiegene Kurzarbeit wirkte sich dabei nicht auf die Erwerbstätigenzahlen aus, da Kurzarbeitende unabhängig vom Ausmaß der Kurzarbeit nach den Konzepten der Erwerbstätigenrechnung zu den Erwerbstätigen zählen und nicht als Erwerbslose. (...)

Quelle: [Statistisches Bundesamt](#)

Dazu: Bundesregierung versagt bei der Krisenbewältigung am Arbeitsmarkt

„Die Bundesregierung hat zu wenig getan, um Arbeitsplätze und Beschäftigung zu sichern. Das zeigt der Rückgang der Erwerbstätigenzahl deutlich auf. Während Großkonzernen das Geld hinterhergeschmissen wird, die trotzdem Personal abbauen, müssen sich viele kleinere Unternehmen und Soloselbständige mit nichts oder nicht ausreichender Unterstützung begnügen. Insbesondere Solo-Selbständigen verwehrt die Bundesregierung eine Unterstützung zum Bestreiten ihres Lebensunterhalts. Viele Beschäftigte und Selbständige sind in dieser Krise in existenzielle Schwierigkeiten geraten oder bereits zum Sozialfall geworden. Hier hat die Bundesregierung versagt“, erklärt Sabine Zimmermann, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, zur vierteljährlichen Arbeitsmarktstatistik des Statistischen Bundesamtes. Zimmermann weiter:

„Die Hilfen an Großunternehmen müssen an Jobgarantien gekoppelt werden. Selbständigen müssen nicht nur Hilfen zu ihren Betriebsausgaben gewährt werden, sondern auch zum Lebensunterhalt. Das Kurzarbeitergeld muss sofort auf 90 Prozent des Nettoentgelts erhöht werden, für Beschäftigte, die nur den gesetzlichen Mindestlohn bekommen, auf 100 Prozent. Auch die Arbeitslosenversicherung muss gestärkt und krisenfest gemacht werden. Das Arbeitslosengeld muss auf 68 Prozent des Nettoentgelts erhöht werden. Es geht aber auch darum, dass wieder mehr Menschen überhaupt Zugang erhalten.“

Quelle: [DIE LINKE](#)

7. Weißrussland und der Westen - eine Lageeinschätzung

Die Vorgänge in Weißrussland erinnern an die Ukraine. Die Solidaritätsbekundungen aus der EU deuten auf eine tiefere Einflussnahme hin. Denn Weißrussland ist strategisch zu bedeutend, um die Entwicklungen dort tatsächlich einer Bürgerbewegung zu überlassen.

Es vergeht kaum eine Stunde ohne neue Wendungen in Weißrussland. Hat Präsident Lukaschenko Neuwahlen bisher vehement abgelehnt, bietet er jetzt Neuwahlen nach einem Verfassungsreferendum an und er hat gegenüber der Opposition seine

Bereitschaft signalisiert, die Wahlauszählung zu wiederholen. Die Opposition fordert hingegen die Übergabe der Macht und bietet im Gegenzug Sicherheitsgarantien für Lukaschenko an. Der kompromisslose Ton, den die Sprecherin der Präsidentschaftskandidatin Tichanowskaja in diesem Video anschlägt wirkt sehr vertraut. Er weist auf ähnliche westliche Einflusskanäle hin, die auch in der Ukraine wirksam waren.

Die jetzt nach Litauen geflohene Swetlana Tichanowskaja beansprucht das Präsidentenamt für sich. Erwähnenswert an der Personalie Tichanowskaja ist das Fehlen jeder politische Erfahrung. Sie bleibt in ihrem politischen Profil relativ blass. Wie der Journalist Ulrich Heyden auf den Nachdenkseiten ausführt, will sie höhere Renten und höhere Löhne, eine Privatisierung der Bildung und Unterstützung von Geschäftsleuten. Ihre zentrale und wichtigste politische Forderung bildet daher lediglich die Ablösung von Lukaschenko als Präsident. Für was sie selbst steht, bleibt unscharf. Dass sich hinter der politisch unerfahrenen Tichanowskaja ein westlicher Beraterstab sammelt, der sie unterstützt und führt, kann angenommen werden. Der Ton ihrer Sprecherin Olga Kowalkowa lässt auf eine Schulung in westlichen NGOs schließen.

Quelle: [RT deutsch](#)

dazu: Offener Brief an die Protestierenden in Belarus

Über die illusionären Erwartungen der Protestierenden.

Liebe Menschen in Belarus,

Verehrte Damen und Herren auf den Straßen von Minsk,

wenn wir den Bildern und Berichten des deutschen Fernsehens glauben dürfen, so befinden Sie sich seit einer Woche im Widerstand gegen den offiziell wieder gewählten Präsidenten Alexander Lukashenko. Demonstrationen, Streiks und grausame Polizeigewalt gegen Oppositionelle gibt es offenbar an allen Orten. Unter Berufung auf die Opposition berichten Zeitungen in Deutschland, dass die Wahl in Ihrem Land weder frei noch fair verlaufen sei. Die offiziellen Wahlergebnisse sind demnach grob gefälscht, die überwältigende Mehrheit der Weißrussen sei für die Oppositionskandidatin und die "letzte Diktatur Europas" stehe kurz vor dem Fall. Die EU und die USA unterstützen Sie dabei selbstlos.

Wir können diese Aussagen nicht überprüfen und beurteilen. Handelt es sich um die Wahrheit? Oder wird hier maßlos übertrieben, um den letzten strategischen Verbündeten Russlands in Osteuropa zu "knacken" und die NATO weiter nach Osten auszudehnen? Stichwort: Kaliningrad und "suwalki gap". Wir wissen es nicht.

Wir wissen auch nicht, was von den Truppenverlegungen der USA an die Westgrenze Ihres Landes zu halten ist. Gewiss ist nur: Viele Menschen in Belarus sind offenbar

unzufrieden mit der Politik des Präsidenten. Warum Sie unzufrieden sind, erfährt man in unseren Medien kaum oder viel zu wenig. Der Grund Ihrer Unzufriedenheit interessiert offenbar überhaupt nicht, solange sich die Wut der Straße nur gegen Lukashenko und "das System" richtet. [...]

Quelle: [Telepolis](#)

dazu auch: Minsk, Berlin und Moskau

Das belarussische Volk muss seine Freiheit selbst erstreiten. Jede Einmischung würde diesen Prozess gefährden.

Im Gegensatz zum ukrainischen Aufstand von 2014 zeigen die weit überwiegend friedlichen Demonstranten in Belarus keinen Ekelnationalismus. Was aber können Deutschland und die EU tun? Vor allem ist es grundfalsch, wenn die satte EU den jetzigen Führern des Landes öffentlich Sanktionen androht und sagt, man unterstütze die belarussische Zivilgesellschaft auch materiell. Jede Einmischung diskreditiert und gefährdet die Protestierenden. Das belarussische Volk muss seine Freiheit selbst erstreiten. Es ist abwegig, wenn die FAZ schreibt, „Merkels tagelanges Schweigen ist skandalös“, und behauptet, es gehe „um die Glaubwürdigkeit der EU“. Darum geht es nicht! Vielmehr muss im Zentrum jeder politischen Überlegung stehen, wie die gedeihliche Zukunft der Menschen in Belarus auf friedliche Weise gesichert werden kann.

Quelle: [Götz Aly in der Berliner Zeitung](#)

8. Verbündeter des Lichts? Mörder sind sie alle!

Große Aufmerksamkeit findet der Parteitag der Demokraten in den USA. Clinton und Obama legten sich mächtig ins Zeug, um den Präsidentschaftskandidaten Joe Biden zu loben. Biden selbst sagte: „Ich werde ein Verbündeter des Lichts sein, nicht der Dunkelheit.“

Haben die US-Bürger wirklich eine Wahl? Dass Trump ein Kotzbrocken ist, wissen wir. Und dass Obama mehr Benehmen hat und geschliffener reden kann, sah man gestern wieder. Aber ob Clinton, Bush, Obama mit Vize-Präsident Joe Biden oder Trump: Mörder sind sie alle! Sie morden durch völkerrechtswidrige Bombenkriege, Drohenkriege, verdeckte Kriege und Handelskriege. Um von dieser schrecklichen Wahrheit abzulenken, werden mit großem propagandistischem Aufwand in den westlichen Medien Putin und Xi Jinping als die schlimmsten politischen Verbrecher der Gegenwart dargestellt.

Es wäre einmal interessant, von neutraler Stelle untersuchen zu lassen, für wie viele Morde Putin, Xi Jinping und die jeweiligen US-Präsidenten politisch verantwortlich sind. Die US-Präsidenten werden mit deutlichem Abstand die vorderen Plätze belegen.

Ob Republikaner oder Demokraten – die US-Präsidenten führen völkerrechtswidrige Kriege, in denen seit dem zweiten Weltkrieg Millionen Menschen ihr Leben verloren haben, und terrorisieren die Welt. Siehe dazu auch den Beitrag von Tobias Riegel “[Die Medien und das falsche Bild von einem ‘guten Amerika’](#)” auf den NachDenkSeiten, die für den politisch Interessierten, der sich informieren will, unverzichtbar sind.

Quelle: [Oskar Lafontaine via Facebook](#)

dazu: Fünf Dinge, die Sie über Kamala Harris wissen sollten

Die Demokratin moderierte eine eigene Kochshow auf YouTube, hört gerne Hip-Hop und Rap – und verpasste Biden im Vorwahlkampf der Demokraten einen schmerzhaften Kinnhaken. (...)

Biden war damals dagegen, das sogenannte Busing bundesweit verpflichtend zu machen. Er arbeitete damals eng mit zwei Senatoren zusammen, die als Verfechter der Rassentrennung bekannt waren. Noch wenige Tage vor der Debatte im Sommer 2019 lobte Biden die beiden Männer für ihre Kollegialität. Harris nahm das persönlich: Es habe da ein junges Mädchen gegeben, das zu den Ersten gehörte, die jeden Tag mit dem Bus zu einer Schule mit überwiegend weißen Schülern gebracht wurde. “Und dieses Mädchen war ich.” Bidens wichtigstes Argument, nur er könne als ehemaliger Vizepräsident von Barack Obama die schwarzen Wählerschichten gewinnen, hatte danach für gewisse Zeit deutlich an Zugkraft verloren.

Quelle: [Süddeutsche Zeitung](#)

Anmerkung J.K.: Zuverlässig wie das Amen in der Kirche, wie bei Hillary Clinton, ein tiefender Artikel über Harris. Welche politische Positionen Harris vertritt, egal, Hauptsache Frau und PoC wie es im linksliberalen Neusprech heißt. Dabei zeigt gerade Harris, dass die Kausalität weiblich, farbig, progressiv absoluter Unsinn ist.

Anmerkung Christian Reimann: Bitte lesen Sie dazu auch [Joe Bidens Wahl von Kamala Harris zur Vizekandidatin besiegelt Trumps Wiederwahl](#).

9. Der Fall Nawalny: Wladimir Putins perfide Politik

Vieles deutet darauf hin, dass der Kremlkritiker Alexej Nawalny vergiftet worden ist. Es wäre nicht der erste Fall dieser Art. Russlands Präsident Wladimir Putin macht offenbar Politik mit Geheimdienstmethoden, kommentiert Markus Decker. [...]

Putin weiß, dass die Bundesregierung und der Westen insgesamt bei so unsicherer Faktenlage kaum reagieren können. Ohnehin handelt es sich im vorliegenden Fall um eine innere Angelegenheit Russlands. Im Zweifel hat der russische Präsident hierzulande auch zu viele Sympathisanten, die ihm rechts wie links propagandistisch

in die Hände spielen. Gegen diese Art des ebenso verdeckten wie aggressiven Autoritarismus ist jedenfalls kaum ein Kraut gewachsen. Das ist das Bitterste daran.
Quelle: [RND](#)

Anmerkung André Tautenhahn: *Da weiß man ja gar nicht, ob man das unter "Zu guter Letzt", "Das Letzte" oder vielleicht in einer neuen Rubrik einsortieren soll. Übrigens hat Regierungssprecher Steffen Seibert heute in der Bundespressekonferenz die Bestürzung der Kanzlerin über den Fall zum Ausdruck gebracht und das Hilfsangebot erneuert, Nawalny nach Deutschland ausfliegen und behandeln zu [lassen](#). Pech hat dagegen Edward Snowden, der in Russland bei Bewusstsein ist und selbst [sagen kann](#), dass er gern nach Deutschland ausreisen wolle. Ob die Kanzlerin auch so bestürzt wäre und Hilfe anböte, wenn sich der Gesundheitszustand des Whistleblowers verschlechterte? Und was ist mit Julian Assange, dem bereits seit zehn Jahren die Freiheit genommen wird, dessen Gesundheitszustand äußerst schlecht ist und der sich im September einem Auslieferungsprozess stellen muss. Mehr als 160 Anwälte und Juristen haben in einem offenen Brief an den britischen Premierminister Boris Johnson [die sofortige Freilassung des Wikileaks-Gründers gefordert](#), der seit über einem Jahr in einem Londoner Hochsicherheitsgefängnis festgehalten wird. Wie ist die Position der Bundesregierung dazu? Vermutlich wird es nicht für die Schlagzeile „Angela Merkels perfide Politik“ reichen.*

10. **Forscher bescheinigen ARD und ZDF „Tunnelblick“ während Corona-Krise**
Medienwissenschaftler untersuchen die Corona-Berichte von ARD und ZDF. Es werde nicht genug differenziert, ein „Tunnelblick“ entsteht. Die Sender wehren sich.
ARD und ZDF haben nach Ansicht von Wissenschaftlern in den ersten Monaten der Corona-Pandemie mit ihren Sendungen einen massenmedialen „Tunnelblick“ erzeugt. „Sondersendungen wurden zum Normalfall und gesellschaftlich relevante Themen jenseits von Covid-19 ausgeblendet: Es war eine Verengung der Welt“, sagte der Medienforscher Dennis Gräf vom Lehrstuhl für Neuere Deutsche Literaturwissenschaft an der Universität Passau dem Evangelischen Pressedienst (epd)...
- Die Wissenschaftler kamen zum Schluss, dass Journalismus differenzierter sein und Maßnahmen in der Corona-Pandemie auch grundsätzlich hinterfragen müsse. Dies sei in den Beiträgen der Öffentlich-Rechtlichen aber nicht geschehen, resümierten sie... Nach Angaben der Medienwissenschaftler Gräf und Hennig vermittelte schon die Häufigkeit der Sondersendungen Zuschauern ein permanentes Krisen- und Bedrohungsszenario. Die Inhalte hätten dies noch verstärkt: Fußgängerzonen ohne Fußgänger seien gezeigt worden, leere Geschäfte, begleitet von Spekulationen über eine langanhaltende Krise, die aber noch gar nicht da sei. „Solche Bilder kennen wir

aus Endzeiterzählungen und Zombiegeschichten“, sagte Gräf...

Quelle: [Tagespiegel](#)

Anmerkung Albrecht Müller: *Diese Forschungsergebnisse decken sich mit unseren Erfahrungen und vermutlich mit der Erfahrung der meisten betroffenen Menschen.*